

Sofortmassnahme bei IV

Die IV-Beitragsätze sollen von 1,2 auf 1,5 Prozent erhöht werden

VADUZ – Unbestritten war gestern im Landtag, dass zur Sicherung der Invalidenversicherung (IV) dringender Handlungsbedarf besteht. Mit grosser Mehrheit (22 Stimmen) trat der Landtag auf die Regierungsvorlage ein, die im Sinne einer Sofortmassnahme eine Erhöhung der Beitragsätze von 1,2 auf 1,5 Prozent vorsieht. Trotz grundsätzlicher Einigkeit kam es zu einem parteipolitischen Schlagabtausch ...

• Martin Frommelt

Vor allem Jürgen Beck (VU) brachte einen hitzigen Ton in die Debatte, indem er in altbekannte Wahlkampfparolen verfiel. Die Alleinregierung Hasler habe «jahrelang zugeschaut», ohne etwas zu unternehmen, meinte Beck und sprach gar von einer Parlamentarischen Untersuchungskommission. Beck sagte, er erwarte vom zuständigen Regierungsrat Hugo Quaderer, dass er Massnahmen ergreife, um die unberechtigten IV-Bezügler «aus dem System zu kippen». «Es darf nicht sein, dass die IV zum Selbstbedienungsladen wird», so Beck.

«Anmassung und Zumutung»

Alois Beck (FBP)* bezeichnete die Ausführungen von Jürgen Beck als «polemisch». Claudia Heeb-Fleck (FL) sagte, es bestehe «kein Grund zu voreiliger Schuldzuweisung und populistischer Stimmungsmache». FBP-Fraktionssprecher Markus Büchel wiederum bezeichnete es als «Anmassung und Zumutung» von Jürgen Beck, den IV-Bezügern vorzuwerfen, Selbstbedienung und Missbrauch zu betreiben.

Unfair und falsch

Bezugnehmend auf ein entsprechendes «Vaterland»-Interview sagte Markus Büchel, es sei unfair und falsch, dem Sozialminister der Vorgängerregierung vorzuwerfen nicht gehandelt zu haben: «Ich möchte dazu nur bemerken, dass die letzte grosse Revision der IV vom Landtag am 14.12.2000 beschlossen wurde und dass damals schon Lösungsansätze diskutiert

wurden, die heute bereits in der 5. schweizerischen IV-Revision wieder aktuell werden, aber in Liechtenstein fallen gelassen wurden. Dass es da verständlich ist, dass man nicht ein oder zwei Jahre später wieder eine Revision nachschiebt, liegt für mich auf der Hand. Ich möchte auch daran erinnern, dass der Vernehmlassungsbericht, der die Grundlage für den vorliegenden Bericht war, noch von Regierungsrat Frick als Verantwortlicher für das Ressort Soziales in der Vorgängerregierung angestossen und in der Regierungssitzung vom 22.3.2005 von der Regierung Hasler genehmigt und in die Vernehmlassung geschickt wurde.»

Nicht beschönigen

FBP-Fraktionssprecher Büchel unterstützte die Erhöhung der Beitragsätze. Den zweiten Teil der Regierungsvorlage, die Bindung des Staatsbeitrages, bezeichnete Büchel aus Sicht der Staatsfinanzen als nicht sinnvoll: «Ich finde es sehr schlecht wenn die effektiv anstehenden Probleme mit Subventionen beschönigt werden. Vor allem wenn diese noch zu einem grossen Teil exportiert werden. Darum werde ich der Änderung der Systematik des Staatsbeitrages auf die Fixierung von 50 Prozent der Ausgaben nicht zustimmen.»

Arbeit vor Rente

Auch Josy Biedermann (FBP) begrüsst die Erhöhung der IV-Beiträge. Die Plankner Abgeordnete regte an zu prüfen, ob es nicht in einzelnen Fällen möglich wäre, für psychisch angeschlagene Arbeitnehmer «innerhalb des jeweiligen Betriebes eine andere sinnvolle Beschäftigung zu finden, eventuell mit Unterstützung durch den in Liechtenstein möglichen Lohnzuschuss für Arbeitgeber». In die gleiche Richtung äusserte sich auch Günther Kranz (VU): «Wir sollten auch eine Verpflichtung für Arbeitgeber anstreben, für Leute Arbeitsplätze bereitzustellen, die keine 100-prozentige Leistung mehr bringen können. Die Erwerbsarbeit muss attraktiver sein als die IV-Rente.»

Ein heisses Thema

Wie Sozialminister Hugo Quaderer (VU) sagte, liegt der Regierung seit kurzem der Bericht einer Arbeitsgruppe vor, der sich mit möglichen Massnahmen auf der Leistungsseite befasst. Ziel sei es, dem Landtag dazu auf Mai oder Juni 2006 hin einen Bericht vorzulegen. Der FL-Abgeordnete Pepo Frick regte an, zu diesem heiklen Thema dann so schnell wie möglich eine Landtagskommission zu bilden. Quaderer erwiderte dazu, man müsse zuerst den Bericht kennen, bevor man darüber befinden könne, diesen Bericht einer Landtagskommission zu geben.